



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER FEBRUAR 2024

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg
Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Hunderttausende gehen für unsere Demokratie auf die Straße. Woche für Woche. Ich bin froh und dankbar für alle, die klare Kante zeigen für unsere Demokratie und unsere Werte. Hass und Hetze, gezielte Falschinformationen und Propaganda. All das hat die Zerstörung unserer Demokratie zum Ziel.

Rassismus, Antisemitismus und völkische Ideologie haben zum Holocaust geführt. Damals war die Demokratie nicht stark genug, um den Nazis trotzen zu können. Die Demokraten waren sich uneins, die Faschisten nutzten dies eiskalt aus. Heute können wir uns selbst die Frage beantworten: „Was hätte ich damals getan?“

Antisemitismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung dürfen in unserer Gesellschaft nie wieder Platz finden. Dafür steht die Demokratie als beste Staatsform. Demokratie ist aber noch mehr: ein verlässlicher Sozialstaat, Sicherheit gegen (Behörden)Willkür, Pressefreiheit, Gesetze, die für alle gelten. Das klingt selbstverständlich. Ist es aber nicht. Es sind Kräfte mitten unter uns, die all das abschaffen wollen. Das betrifft dann uns alle. Morgen ist Ali im Visier dieser Menschenfeinde und übermorgen sind es Peter, Julia, Max und Kathrin.

Lasst es nicht so weit kommen.

Ihr/Euer

2



Vom Spitzensport in die Spitzenpolitik
Veranstaltung mit Frank Ullrich am 05.02.

7



Proteste der Landwirte

10



Haushalt 2024
aus A&S-Sicht



Paul Alexander Probst

HERZLICHE EINLADUNG

SPD Soziale
Politik für
Dich



Vom Spitzensport in die Spitzenpolitik Biathlon-Olympiasieger und Bundestagsabgeordneter **Frank Ullrich**

am Montag, 5.2.2024, von 17:30 Uhr bis 18:30 Uhr,
im Restaurant „Zum letzten Hieb“ in Langenprozelten.

Seit 2021 ist Frank Ullrich Mitglied des Deutschen Bundestages, zuvor war er Spitzensportler: Biathlon-Olympiasieger 1980 im Sprint, mehrfacher Biathlon-Weltmeister sowie langjähriger Bundestrainer der deutschen Herren-Nationalmannschaft. Nach seiner Karriere im Sport wurde er erst Kommunal- und Landespolitiker, bevor er 2021 für die SPD das Direkt-

mandat in Südthüringen gegen Hans-Georg Maaßen holte. Der Einsatz für die Interessen der ländlich-geprägten Heimat und für den sozialen Zusammenhalt verbindet uns. Ich freue mich sehr auf seinen Besuch, seine Impulse und den Austausch mit ihm.

Ihr seid alle herzlich zu diesem besonderen Termin eingeladen! Die Teilnahme ist kostenfrei.

KLARTEXT

INTEGRATION SICHERT ZUKUNFT



„Zuwanderung muss sich für Deutschland lohnen“ dieser Antrag zeigt die Menschenverachtung der AfD. Die Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist eindeutig: Wenn wir es richtig machen, lohnt sich

die Zuwanderung mittel- und langfristig für uns! Die AfD zielte mit der Forderung nach „einer strikten Begrenzung von Zuwanderung“ auf die Arbeitsmigration ab. Asyl kommt bei der AfD nicht mehr vor.

Wir gehen einen anderen Weg. Für das von der Ampel beschlossene Gesetz zur Fachkräfteeinwanderung hat das Ministerium positive Auswirkungen auf die Sozialversicherungen errechnet: Je 10.000 zusätzlich

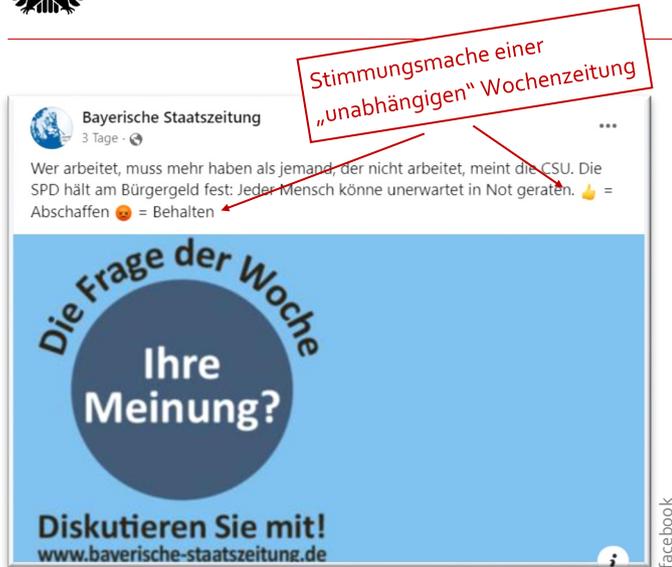
einwandernder Beschäftigten ergeben sich Mehreinnahmen von etwa 164 Mio. Euro für die Sozialversicherungen. Ob das alles tatsächlich so kommt, wird in drei Jahren überprüft. Das Ministerium weiter: „Der Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre hat zur Stabilisierung der Sozialversicherungen beigetragen. Ein Großteil des Wachstums geht auf ausländische Beschäftigte zurück.“

Forschungsergebnisse sagen, dass der deutsche Sozialstaat mittel- bis längerfristig einen Nettonutzen auch aus der Fluchtmigration mit ihrer relativ jungen Bevölkerung ziehen wird: Aus Asylbewerbern werden Beitragszahler in die Sozialsysteme. Daran müssen wir politisch arbeiten. Abschotten zerstört unsere Wirtschaft, richtig integrieren sichert unsere Zukunft.

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE ✂

MEHR GELD 2024

- Wir entlasten die arbeitende Mitte: Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer steigt um 696 Euro auf 11.604 Euro
- höhere Freibeträge für Kinder, Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf: jetzt 9.312 Euro
- Der Kinderzuschlag bei niedrigen Einkommen steigt von 250 auf bis zu 292 Euro pro Monat.
- Die Mindestvergütung für Azubis steigt im ersten Lehrjahr auf 649 Euro. Das sind 134 Euro mehr als 2020. Ab den 1. April gibt es außerdem eine Ausbildungsgarantie.
- Der Mindestlohn steigt auf 12,41 Euro.
- Die Regelsätze des Bürgergeldes werden unter Berücksichtigung der Preisentwicklung erhöht. Alleinstehende bekommen 61 Euro, Paare 55 Euro, Kinder je nach Alter zwischen 39 Euro und 51 Euro mehr.
- Das Pflegegeld steigt um 5 Prozent. Auch die Zuschüsse zum Eigenanteil an den Pflegekosten werden erhöht: Im ersten Jahr steigt der Zuschuss von fünf auf 15 Prozent, im zweiten Jahr von 25 auf 30 Prozent, im dritten Jahr von 45 auf 50 Prozent und ab dem vierten Jahr von 70 auf 75 Prozent.



BÜRGERGELD

BAY. STAATSZEITUNG

Die Bayerische Staatszeitung hat mich um ein Statement gebeten zur Frage, ob das Bürgergeld abgeschafft werden sollte.

Seit vielen Monaten trete ich den Versuchen von AfD und Union entgegen, Menschen im Bürgergeldbezug gegen Arbeitende mit geringem Einkommen auszuspielen. Das ist ein absurdes Zerrbild der Realität und gefährliches Spalten! Jetzt teilt die Zeitung mein Statement fürs Bürgergeld gemeinsam mit einem Gegen-Statement und schreibt dazu: „Wer arbeitet, muss mehr haben als jemand, der nicht arbeitet, meint die CSU.“ Das meint nicht nur die CSU, das meinen wir alle. Das ist aber bereits so, und niemand will etwas daran ändern. Die Arbeitnehmerkammer Bremen und das ifo-Institut haben einmal mehr bestätigt, dass den Menschen mehr bleibt, wenn sie arbeiten. Eine lange Liste von unabhängigen Einrichtungen bestätigen immer wieder diese Tatsache – während CDU und CSU die Wahrheit leugnen, um Stimmung zu machen.

Ich hätte mich gefreut und eigentlich auch erwartet, wenn die Bayerische Staatszeitung das neutraler gegenübergestellt hätte.



KAB Würzburg

KAB-UMFRAGE

AUSTAUSCH IN WÜRZBURG

Der KAB Diözesanverband Würzburg hatte vergangenes Jahr eine online-Umfrage unter Arbeitnehmenden durchgeführt und mich nun zu Auswertung, Interpretation und Austausch über die Ergebnisse eingeladen. Über 500 Mal wurde die Umfrage vollständig ausgefüllt – je zur Hälfte von KAB-Mitgliedern und Menschen ohne KAB-Mitgliedschaft und mit großer Mehrheit von Menschen aus dem Einzugsbereich der Diözese, nämlich aus ganz Unterfranken.

Im Mittelpunkt standen Fragen zur Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation und aufgrund von Veränderungen im Lebensumfeld (Corona, Inflation, etc.) sowie arbeitnehmerspezifische Fragen z.B. zu den Themen Homeoffice/mobiles Arbeiten, Fachkräftemangel, Einkommen und Altersvorsorge.

Im Bild (v.l.) Geschäftsführender Diözesansekretär Alexander Kolbow, stellv. Diözesanvorsitzender und verantwortlich für die KAB-Arbeitnehmerumfrage Klaus Öttinger, Diözesanvorsitzende Theresia Erdmann, Diözesanpräses Peter Hartlaub und Diözesanvorsitzender Robert Reisert. Vielen Dank für den Einblick und guten Austausch!



SPD Main-Speessart

BUNDESWEHR

SPD-NEUJAHRSEMPFANG MSP

Der Neujahrsempfang der SPD Main-Speessart mit der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl, stand ganz im Zeichen der Bundeswehr. Wie wichtig die Bundeswehr für uns alle ist, ist nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine klar, doch seitdem noch viel deutlicher und spürbarer geworden. Zu lange haben wir die Truppe vernachlässigt und uns zurückgelehnt und auf andere verlassen. Das muss und wird anders werden — und ist es schon, wie mir die Soldatinnen und Soldaten, mit denen ich gesprochen habe, bestätigt haben.

Zum einen durch die Politik mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden und anhaltenden politischen Debatten zu unserer Armee. Und zum anderen durch die Anteilnahme der Bürgerinnen und Bürger an Auftrag und Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten. Das "freundliche Desinteresse" ist einem großen ernsthaften Interesse gewichen. Und das ist enorm wichtig, denn die Unterstützung durch die Mitbürger und Anteilnahme an ihrem gefährlichen Dienst ist genauso wichtig wie eine gute und moderne Ausrüstung. Hier hat der Neujahrsempfang geholfen, Brücken zwischen Truppe und Zivilgesellschaft zu bauen.



Büro Rützel

GEDENKEN

WEHRBEAUFTRAGTE IN GEMÜNDEN

Kriege sind die Folge von Machtgier und von Fanatismus, Größenwahn und Nationalismus, gerade in den letzten 100 bis 150 Jahren. Krieg ist die Folge von Menschenverachtung. Allen Opfern von Krieg und Hass haben wir mit Dr. Eva Högl und zahlreichen Vertretern der Streitkräfte und der Zivilgesellschaft in einem würdigen Rahmen am Ehrenfriedhof in Gemünden gedacht, wo über 1.200 Menschen, die im I. und II. Weltkrieg umgekommen sind, ruhen. Sie sind uns Mahnung, dass wir nicht vergessen dürfen und uns täglich für ein friedliches und respektvolles Miteinander und unsere Demokratie einsetzen müssen.

... UND KARLSTADT

Anlässlich des Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar folgten bereits am Vortag über 300 Menschen in Karlstadt dem Aufruf zu einer Mahnwache am Deportationsdenkmal. Ich war mit Eva Högl, Heidi Wright und Harald Schneider und vielen Genossinnen und Genossen aus Karlstadt auch vor Ort. Es war ein würdiges Gedenken, vielen Dank dafür vor allem an Georg Schirmer vom Förderkreis der ehem. Synagoge Laudenschlag.



Büro Rützel

INDIEN

GENERALKONSUL IN GEMÜNDEN

Hohen diplomatischen Besuch bekam ich Mitte Januar in meinem Wahlkreisbüro in Gemünden: Der indische Generalkonsul Mohit Yadav war zu Gast.

Die indisch-deutsche Freundschaft liegt uns beiden am Herzen und so haben wir über die Partnerschaft in Wirtschaft und Handel sowie über die Chancen des Zuzugs von indischen Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt gesprochen. Letzteres bietet großes Potenzial, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken, wozu uns Ende 2022 mit dem deutsch-indischen Migrations- und Mobilitätsabkommen bereits ein Meilenstein gelungen ist. Hinzu kommt, dass wir seit letztem Jahr mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz das modernste Einwanderungsrecht für Arbeitskräfte und -willige haben, das Deutschland je hatte, was auch Generalkonsul Yadav anerkannte.

Aus der Praxis berichtete Sunita Lama aus Rieneck, die mit ihrer Personalvermittlungsagentur im Ausland um Pflegefachkräfte für den Landkreis Main-Spessart wirbt. Dazu steht sie auch mit Einrichtungen in Indien im Austausch, der mit dem Treffen ein weiteres Standbein bekommen hat.



Büro Wagner

REGENSBURG

ALS A&S-FACHMANN UNTERWEGS

Meine Bundestagskollegin Dr. Carolin Wagner, Vorsitzende der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten, hatte mich Mitte Januar nach Regensburg eingeladen. Vor Ort gab es ein volles Programm ganz im Zeichen meiner A&S-Arbeit. Mit MdEP Thomas Rudner waren wir zu einem Werksbesuch bei BMW, führten Gespräche mit dem Ortsvorstand der IG Metall Regensburg und dem Betriebsrat, hatten ein Pressegespräch und rundeten den Tag ab mit einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung mit über 70 Interessierten in den Braustuben Bischofshof. Spannend war auch der Austausch am Rande der Abendveranstaltung mit Regensburgs SPD-Oberbürgermeisterin Gertrud Schmaltz-Schwarzfischer!





klimkin pikabay

LANDWIRTE

MODERNISIERUNGEN ANGEHEN!

Die Fraktionen von SPD, FDP und Grünen erarbeiten konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirte. Der Bundestag beschloss hierzu einen Antrag der Ampel-Fraktionen, der mögliche und notwendige Verbesserungen benennt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, einen „Modernisierungsprozess Richtung einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen, langfristig zukunftsfesten Landwirtschaft zu unterstützen“. Bis zum Sommer wird ein Gesetzespaket geschnürt, das die Zukunftssicherheit der Deutschen Landwirtschaft stärken wird.

Dabei soll es auch um Maßnahmen gegen die stark gestiegenen Bodenpreise und um einen fairen Wettbewerb mit fairen Preisen im Lebensmittelmarkt gehen. Auch Bürokratieabbau, finanzielle Hilfen für artgerechte Tierhaltung und die Entwicklung alternativer Antriebe für landwirtschaftliches Gerät sind Themen, zu denen neue Regelungen erarbeitet werden.

Die SPD-Fraktion will, dass die Landwirtschaft in Deutschland eine gute Zukunft hat. Gesunde Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie müssen auch den Landwirtinnen und Landwirten eine gute Lebensgrundlage sichern. Dazu braucht es eine höhere

Wertschöpfung und Wertschätzung! Gleichzeitig wollen wir, dass die Landwirtschaft tier-, klima- und umweltgerechter wird. Sie spielt bei der Bekämpfung des Klimawandels und für den Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle.

Agrarpolitischer Bericht 2023

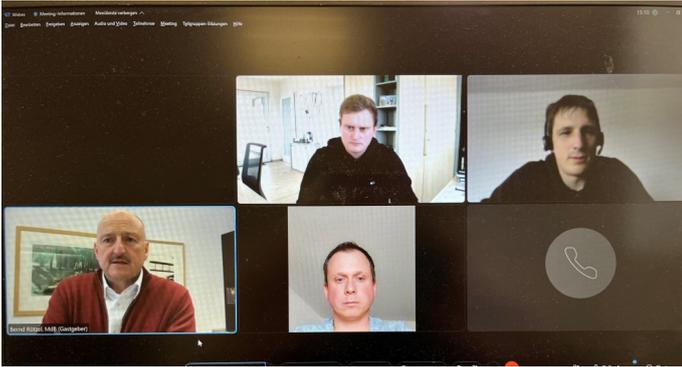


Der Bundestag hat auch den aktuellen Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung beraten. Demnach hatten im Jahr 2020 eine Million Menschen in 263.000 landwirtschaftlichen Betrieben Waren im Wert von 50 Milliarden Euro erzeugt. Dabei ist die Zahl der Betriebe in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Zwischen 2010 und 2020 haben 36.100 Betriebe aufgegeben. Immer mehr Betriebe in Deutschland stellen erfolgreich auf ökologischen Landbau um: Ende 2022 fast 37.000 Höfe – jeder siebte Hof!

Zum Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung einfach auf das Vorschau-Bild klicken!



Auch der SPD-Bezirksvorstand traf sich Mitte Januar mit Vertretern des Bauernverbandes, des Fränkischen Weinbauverbandes, des Obstbauernverbandes und der Jungbauern Unterfranken zum Gedankenaustausch. Er war ein sehr konstruktives Gespräch mit vielen Ideen für unsere politische Arbeit! Vielen Dank hierfür.



LANDWIRTE

GESPRÄCHE VOR ORT

Ich stehe im direkten Austausch mit unseren Landwirten und ihren Vertretern in Main-Spessart, Miltenberg und Aschaffenburg, darunter vom Bayerischen Bauernverband der Geschäftsführer Elmar Konrad und die Kreis-Obmänner für Miltenberg Jochen Herberich und für Main-Spessart Richard Wolz. In einer separaten Online-Schalte traf ich mich mit engagierten Jungbauern aus dem Raum Aschaffenburg und Miltenberg. Was unsere Landwirte täglich leisten, ist mir als Mann aus der ländlich geprägten Main-Spessart-Region sehr bewusst und ich habe großen

Respekt davor. Das zu erhalten ist mir ebenfalls sehr wichtig. Daher ist es gut, miteinander zu sprechen. Angesichts der aktuellen Lage ist das gegenseitige Verständnis sehr groß und die Debatte sachlich und sachorientiert. Das ist auch richtig so, denn es ist jetzt nicht die Zeit für parteipolitische Fingerzeige. So waren wir einer Meinung, dass die Probleme in der Landwirtschaft nicht erst seit dem Antritt der Ampel-Regierung begonnen haben, wie in diesen Zeiten gerne suggeriert wird.

Klar und deutlich war auch die Distanzierung der Bauernvertreter von Rechtsextremisten und Populisten – ein richtiges und wichtiges Zeichen in diesen hitzigen Zeiten.

AFD-VERBOT

MEIN STATEMENT IM MAINECHO

Das Mainecho hat mich am 12.01. hierzu befragt. Hier meine Antwort: „Dass solche Gespräche und Pläne in der AfD existieren, überrascht mich nicht. Es ist ja nicht so, als wenn sie ihre Pläne verheimlichen würden. Dass CDU-Mitglieder an dem Treffen teilgenommen haben sollen, erschüttert mich aber schon. Wir müssen jetzt gemeinsam genau prüfen, ob die aktuellen Recherchen ein Verbotsverfahren ausreichend begründen und was damit zu erreichen

wäre. Denn — machen wir uns nichts vor — es gibt einige, die das Menschenbild der AfD teilen und die von ihr verbreiteten Unwahrheiten, mit denen die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben werden soll, für wahr halten. Es geht um den Schutz unserer Demokratie und der Bürgerinnen und Bürger. Der Verfassungsschutz schaut schon lange genauer hin und wird es auch diesmal tun. Die AfD will unsere Demokratie kapern. Dem müssen Politik, Gesellschaft und Justiz sich geschlossen entgegenstellen. Ich hoffe, dass das manchem, der die AfD aus Protest gegen die anderen Parteien unterstützt, jetzt klar wird.“



geralt/pixabay

NEUBÜRGER

RECHTE UND PFLICHTEN

Der Bundestag hat eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Wir schaffen damit ein faires Angebot für Menschen, die hier leben, gut integriert sind und sich für Deutschland entscheiden und einsetzen wollen.

- Gut integrierte Menschen können künftig nach fünf Jahren den deutschen Pass erhalten, in besonderen Fällen sogar schon nach drei Jahren.
- Damit wird Deutschland zu einem modernen Einwanderungsland, das für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver ist.
- Niemand soll sich gegen eine Einbürgerung entscheiden, nur weil er oder sie die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes aufgeben muss. Deshalb lassen wir die Mehrstaatigkeit grundsätzlich zu.
- Und auch Deutsche verlieren nicht länger ihre Staatsbürgerschaft, wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit annehmen möchten.

Voraussetzungen für den deutschen Pass:

- Alleine und ohne den Bezug von Sozialleistungen für seinen Lebensunterhalt und den unterhaltsbe-

rechtiger Angehöriger zu sorgen, ist nicht die einzige Voraussetzung.

- Man darf zudem kein verurteilter Straftäter sein,
- muss Deutsch sprechen und schreiben können
- und ein unbefristetes bzw. dauerhaftes Aufenthaltsrecht besitzen.

Daran hat sich nichts im Vergleich zur bisherigen Regelung geändert, aber bei der Integration in die gesellschaftlichen Verhältnisse ist man präziser geworden.

Neben dem bisherigen „Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes“ wird nun zusätzlich klargestellt bzw. verschärft, dass „antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen“ dieser Ordnung widersprechen.

Dagegen zu verstoßen ist nun — ebenso wie mehrere Ehepartner oder die erkennbare Ablehnung der Gleichberechtigung von Mann und Frau — ein Ausschlusskriterium. Den deutschen Pass gibt es dann nicht.

Diese Verschärfung bzw. Klarstellung begrüße ich sehr. Wer den deutsche Pass möchte, muss sich an das halten, was bei uns gilt. Die Reform tritt im Mai diesen Jahres in Kraft



Eine schnellere Einbürgerung verleiht Zugewanderten nicht nur Rechte, sondern auch ein Gefühl der Zugehörigkeit. Davon profitiert die ganze Gesellschaft. Meine Bundestagskollegen Hakan Demir und Gülistan Yüksel haben dies auf [spdfraktion.de](https://www.spdfraktion.de) sehr eindrücklich beschrieben.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

[facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

[instagram.com/bernd_ruetzel](https://www.instagram.com/bernd_ruetzel)

[bernd-ruetzel.de](https://www.bernd-ruetzel.de)



HAUSHALT

AUS A&S-SICHT

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat den Entwurf zum Haushalt 2024 verabschiedet. Dieser wird Anfang Februar vom Bundestag beschlossen. Im nächsten Newsletter dazu mehr.

Trotz unterschiedlicher Blickwinkel vor dem Hintergrund multipler Krisen und trotz einer schwierigen Ausgangssituation der parlamentarischen Beratungen nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil konnten die Ampel-Fraktionen einen ausgewogenen Haushalt aufstellen.

Klare Schwerpunkte liegen auf sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Anreizen auch in der Steuerpolitik, Investitionen in Klimaschutz, einer Stärkung der Demokratie und internationalem Zusammenhalt. Gleichzeitig werden Subventionen abgebaut.

Der Etat sieht nun Ausgaben von 476,81 Milliarden Euro vor. Geplant ist eine Neuverschuldung von 39,03 Milliarden Euro.

Mit Blick auf meinen Arbeitsbereich „Arbeit & Soziales“ kann ich sagen: Stabile Renten, nachhaltige Investitionen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Jobturbo — mit dem Haushalt 2024 für den wird

die Ampel-Koalition ihrer sozialen Verantwortung gerecht.

Wir stellen für die Jobcenter für Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt 10,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit dem „Jobturbo“ arbeiten wir weiterhin mit Hochdruck daran, Geflüchtete noch schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Anstrengungen werden sich sowohl für den Arbeitsmarkt als auch zur Integration der Geflüchteten nachhaltig auszahlen und zu Einsparungen bei den Kosten für das Bürgergeld führen.

Aufgrund der positiven Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung kann der Bundeszuschuss um 1,2 Milliarden Euro im Jahr abgesenkt werden, ohne die finanzielle Stabilität der Rentenversicherung zu gefährden. Die Rente bleibt stabil und sorgt für eine verlässliche Absicherung im Alter. In Kürze wird Hubertus Heil seine Pläne für ein neues Rentenpaket vorlegen, um die Rente zukunftsfest zu machen.

Gerade auch die arbeitende Mitte kann sich weiterhin auf den Sozialstaat verlassen. Zentrales Ziel ist es, Menschen in Arbeit zu bringen und inländische Potenziale zur Fachkräftesicherung zu nutzen. Hierfür haben wir mit dem Bürgergeld die notwendigen Instrumente geschaffen, damit freie Arbeitsplätze und Arbeitsuchende besser zueinander passen.

Bei der Verschärfung der Sanktionen im Bürgergeld geht es ausschließlich um die sehr kleine Gruppe von Menschen, die sich konsequent allen zumutbaren und passenden Arbeitsangeboten verweigern. Deshalb sind Sanktionen für diese Menschen auch eine Frage der Fairness gegenüber der großen Mehrheit von Bürgergeldberechtigten, die arbeiten will, mitwirkt und diese Unterstützung braucht.



SPD-Bundestagsfraktion

POSITIONEN

FRAKTIONS-KLAUSUR 2024

Die SPD-Fraktion hat Anfang Januar auf ihrer Fraktionsklausur beschlossen, dass sie sich für eine Reform der Schuldenbremse einsetzen wird. Die derzeitige Schuldenbremse ist ein Wohlstandsrisiko, da sie nicht genügend Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Wir dürfen nachfolgenden Generationen nicht nur möglichst wenige Schulden hinterlassen. Wir brauchen in den kommenden Jahren massive Investitionen, damit wir auch eine moderne, nachhaltige Infrastruktur, gute Schulen und wettbewerbsfähige Betriebe hinterlassen können.

Unser Sozialstaat sollte sich an denen orientieren, die ihn brauchen, nicht an denen, die ihn missbrauchen könnten. Er muss einen einfachen Zugang haben und automatische Leistungen bieten, ohne das man „auf dem Amt betteln gehen muss“.

Wir brauchen Steuerung und Ordnung in der Migrationspolitik. Zugleich ist das individuelle Recht auf Asyl ein hohes Gut. Und wir brauchen die dringend benötigte Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung.

Europa braucht mehr Befugnisse bei der Bekämpfung

der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität, eine verstärkte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, sowie einen leichteren Informations- und Datenaustausch.

Die europäische Idee ist in Gefahr. Umso mehr kommt es bei der Europawahl darauf an, Europa mutig weiterzuentwickeln. Die gemeinsame Stärke der EU ist ein unverzichtbarer Vorteil in einer Welt enormer globaler Herausforderungen.

Dabei wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

1. Europas Zukunftsinvestitionen und wirtschaftliche Resilienz stärken
2. Europas sozialen Zusammenhalt sichern
3. ein europäisches Einwanderungsrecht schaffen
4. ein außenpolitisch souveränes Europa aufbauen
5. Erweiterung mit Verantwortung vorantreiben
6. eine neue Dynamik der vertieften Integration

Alle aktuellen Positionspapiere auf einen Klick:

- [Schuldenbremse](#)
- [Zukunft der Europäischen Idee](#)
- [Sozialpolitik](#)
- [Recht und Ordnung in der EU](#)

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JANUAR



Alexander Kolbow

NEUJAHRSEMPFANG WÜRZBURG

Der Neujahrsempfang der Stadt Würzburg ist eine gute Gelegenheit, um mit vielen spannenden Menschen ins Gespräch zu kommen. Und natürlich, um Alexander Kolbow und Christine Haupt-Kreutzer zu treffen.

FASENACHT IN RIENECK



Edith Rützel

Die Prunksitzung des Rienecker Fasenachtskomitees „Die Göikel“ e.V. war wie immer klasse. Ich bekam von der Sitzungspräsidentin ein Schwimmbrett geschenkt. Immer über Wasser halten auch in stürmischer See. Danke, es war mir ein großes Vergnügen.



Büro Rützel

JUGEND-DELEGATION IN BERLIN

Ich habe mich mit einer Delegation der Jugend-Enquete-Kommission getroffen, die uns ihre Gedanken für eine gerechte und finanzierbare Rente vorgestellt haben. Es war beeindruckend, in welcher Tiefe und Detailschärfe sich die jungen Menschen mit unserem Rentensystem beschäftigt haben. Es hat mir sehr gut gefallen, dass es ihnen nicht darum geht, Gräben zwischen den Generationen aufzumachen, sondern die Rente zukunftsfest zu machen.

DISKUSSION IN FRAMMERSBACH



SPD Frammersbach

Bei Weißwurst und Brezel diskutierte ich auf Einladung des Ortsvereins Frammersbach auf deren Neujahrs-Frühschoppen fast drei Stunden lang über die aktuelle Politik. Engagiert dabei auch Bürgermeister Christian Holzemer und der SPD-Vorsitzende Florian Sauer. Wir haben aber auch langjährige Mitglieder geehrt und Neumitglieder feierlich aufgenommen. Besser geht es nicht. Danke für die Einladung!

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JANUAR



SPD-Landtagsfraktion | Bernd Rützel

BEI DER LANDTAGSFRAKTION

Es ist gute Tradition, dass sich die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten Anfang des Jahres mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Landtagsfraktion austauschen, um gemeinsam das politische Jahr zu besprechen. Auch heuer war es wieder ein spannender Austausch mit vielen guten Ideen.

DREIKÖNIGSTREFFEN WEILBACH



Bernd Rützel

Der erste offizielle Termin im neuen Jahr war das traditionelle Dreikönigstreffen bei der SPD Weilbach-Weckbach. Vielen Dank für die Einladung, die klasse Bewirtung und Ausrichtung der Veranstaltung. Es gab viel zu besprechen — und das haben wir auch getan, mit Beiträgen von Bürgermeister Robin Haseler (Foto), dem Vorsitzenden des SPD Kreisverband Miltenberg Steffen Salvenmoser und dem Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Karlheinz Paulus, sowie zahlreichen Wortbeiträgen aus der Zuhörerschaft.

GESPRÄCH MIT DIW-PRÄSIDENT



Büro Rützel

Wie geht es weiter mit der Schuldenbremse? Diese und viele weitere wirtschafts- und finanzpolitische Fragen habe ich mit dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, besprechen können. Wir sind uns in der Analyse einig: Eine grundlegende Reform der Schuldenbremse muss her. Eine Reduzierung der Sozialausgaben, wie sie Friedrich Merz und die Union immer wieder fordern, ist jedenfalls nicht der richtige Weg. Prof. Fratzscher hat das in einem ZEIT-Artikel am Beispiel des von Merz geforderten Aus für die Kindergrundsicherung sehr gut dargestellt. [Zur Lektüre empfohlen!](#)

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JANUAR



SPD Würzburg

NEUJAHRSEMPFANG WÜRZBURG-SPD

Die SPD in Stadt und Landkreis Würzburg lud in die Franz-Oberthür-Schule ein. Dort sprach Jean Asselborn über Europa. Er war fast 20 Jahre Außenminister in Luxemburg und ist ein alter Freund von Walter Kolbow. Er fesselte die Gäste in der voll besetzten Aula meiner früheren Berufsschule.

AWO-NEUJAHRSEMPFANG BERLIN



Bernd Rützel

Beim Neujahrsempfang des Arbeiterwohlfahrt Bundesverbands habe ich mit AWO-Präsident Michael Groß und meinen Bundestagskollegen Jens Peick und Jan Dieren über die neue AWO-Kampagne „Demokratie.Macht.Zukunft.“ gesprochen, die an diesem Abend vorgestellt wurde. Eine gute Sache, denn es geht darum die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken gegen rechtsextreme Bewegungen und Entsolidarisierung angesichts historischer Krisen. Weitere Infos dazu gibt es mit Klick aufs Foto.

SPD-BEZIRKSVORSTAND



Bernd Rützel

Mit dem Vorstand der UnterfrankenSPD waren wir für unsere erste Sitzung des Jahres zu Gast in Gerbrunn, genauer gesagt im dortigen Feuerwehrhaus. Hauptthema war neben der Vorbereitung des Europawahlkampfes unser Treffen mit hochrangigen Vertretern der Bauernschaft aus Unterfranken (siehe Seite 6). Am Rande der Sitzung hatten wir noch kurz Zeit, der Freiwilligen Feuerwehr bei ihrer Übung über die Schulter zu schauen und unseren Dank für ihr ehrenamtliches Engagement auszusprechen.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2024 dürfte wieder ein spannendes, ein herausforderndes Jahr werden. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden die Landtage neu gewählt, dazu kommen die Wahlen zum Europäischen Parlament. Auch in der bayerischen Politik stehen wichtige Entscheidungen an, sind Weichenstellungen für die Zukunft zu treffen. Nicht zuletzt in der Bildungspolitik. Dass hier massiver Aufholbedarf besteht, hat erst vor kurzem die neue Pisa-Studie aufgezeigt.

Mathe, Lesen, Naturwissenschaften: Die Leistungen der deutschen Schülerinnen und Schüler sind schlechter denn je. In der internationalen Schulleistungsstudie zwischen 81 Ländern ist Deutschland ins Mittelfeld abgerutscht. Diese negative Entwicklung kommt allerdings nicht überraschend, sondern zeichnete sich bereits 2012 ab.

Hat die Bildungspolitik in Deutschland etwa versagt? Tatsächlich ist seit der ersten Pisa-Studie im Jahr 2001 vieles in Bewegung geraten. Auch im Freistaat ist viel Geld in den Ausbau von Ganztagesangeboten geflossen, wurden Lehrkräfte eingestellt und gab es Fortschritte bei der Digitalisierung. Es hat sich also einiges getan. Aber leider nicht genug.

Denn inzwischen hat sich auch die Welt verändert: Es gab die Coronapandemie und damit auch die Schulschließungen – welche in Bayern mit besonderer Konsequenz durchgezogen wurden. Deren negative Folgen sind schwerwiegender als zunächst gedacht.

Und auch die Schülerschaft selbst hat sich gewandelt. Sie ist vielfältiger geworden. Seit 2012 hat sich der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verdoppelt und liegt nun im Schnitt bei 26 Prozent. Und noch eines zeigt die Pisa-Studie: Nämlich, dass der Bildungserfolg in Deutschland stärker von soziökonomischen Faktoren abhängt als in anderen Ländern. Das darf nicht sein.

Deshalb ist ein entschiedenes Gegensteuern nötig, muss Bildung noch früher ansetzen: Schon in der Kita müssen die Kleinsten fit in Deutsch und anderen Grundkompetenzen gemacht werden und es braucht eine bessere Verzahnung zwischen Kitas und Schulen. Dort wiederum muss der Lehrermangel noch entschiedener angegangen, der Fokus künftig stärker auf die individuelle Förderung gerichtet werden. Nachholbedarf besteht in Bayern auch bei der Förderinfrastruktur. Im INSM-Bildungsmonitor, die im vergangenen Sommer erschienen war, rangierte der Freistaat im Ländervergleich weit hinten auf dem 14. Platz.

Bildung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für die besten Bildungsvoraussetzungen für alle Menschen in Bayern setze ich mich im Bayerischen Landtag nachdrücklich ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de